

Union und SPD streiten um Haushalt

Die meisten Minister bekommen weniger Geld, als sie beantragt haben

VON R. BUCHSTEINER, A. NIESMANN UND T. PETER

BERLIN. Olaf Scholz ist nicht zu beneiden. Der SPD-Finanzminister steht vor der undankbaren Aufgabe, einen Haushalt aufzustellen, der zum ersten Mal seit Langem nicht mehr alle Wünsche seiner Ressortkollegen erfüllt.

Entsprechend umstritten sind die Eckpunkte, die Scholz kommende Woche präsentieren will. Alle Parteien und Minister treibt die Sorge um, sie könnten bei der Verteilung zu kurz kommen. Das Thema stand gestern auch auf der Tagesordnung des Koalitionsausschusses.

Schon vor der Sitzung des Gremiums aus Partei und Fraktionsspitzen von CDU, CSU und SPD waren einige Zahlen durchgesickert. So meldete der „Spiegel“, dass der Haushalt im kommenden Jahr im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung um 6,6 Milliarden Euro auf dann knapp 370 Milliarden wachsen werde. Die meisten Minister bekommen mehr Geld als



Bundesfinanzminister Olaf Scholz: Im kommenden Haushalt hat er 370 Milliarden Euro zu verteilen.

FOTO: KAY NIETFELD/DPA

bisher, allerdings bei Weitem nicht die Summe, die sie sich vorgestellt hatten.

Besonders hart hatte es Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen treffen sollen. Rund 4 Milliarden Euro mehr als im Haushalt des laufenden Jahres hatte die CDU-Politikerin für die Bundeswehr beantragt. Laut einer Aufstellung aus dem Finanzministerium, die dem RND

vorliegt, wollte Scholz ihr nur knapp 1,5 Milliarden Euro mehr zugestehen. Zwar konnte die Ministerin noch einen Mininachschlag verbuchen, doch selbst damit stehen wichtige Rüstungsprojekte auf der Kippe. Und auch die Zusagen an die Nato-Partner, die Verteidigungsausgaben bis 2024 auf etwa 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, wackelt.

Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, sprach von einem „völlig falschen Signal“. „Die parteipolitische Taktik des Finanzministers gefährdet unseren Ruf der Zuverlässigkeit, den wir bei unseren internationalen Bündnispartnern genießen“, sagte er dem RND.

Der Vize-Generalsekretär der CSU, Florian Hahn, warf Scholz einen „sicherheitspolitischen Offenbarungseid“ vor. „Er riskiert nicht nur die Sicherheit unserer Soldaten, sondern auch das gute Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn“, sagte Hahn.

Der Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Carsten Schneider, wies die Kritik zurück. „Seitdem die Union nicht mehr die politische Verantwortung im Finanzministerium trägt, sind einige Vertreter freigiebiger geworden“, sagte Schneider. Wer mehr Geld für Verteidigung ausgeben wolle, müsse auch sagen, wie das finanziert werden solle.